

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Fürst, Regierung und Landtag einigten sich auf einen Kompromiss

Die Staatskrise konnte gestern Mittwoch beigelegt werden – «Überparteiliches Komitee für Monarchie und Demokratie» arbeitete Brückenschlag mit dem Staatsoberhaupt aus

(G.M.) – Die Verfassungskrise, die sich bald in eine Regierungs- und Landtagskrise ausgeweitet hätte, konnte mit einem Kompromissvorschlag gestern abend beendet werden, auf den sich Fürst Hans-Adam II. und der Landtag sowie die Regierung verständigten. Beide Seiten haben nachgegeben: Der Fürst akzeptierte den Abstimmungstermin der Regierung, während sich Regierung und Landtag für ein Ja zum EWR, unabhängig von der Haltung der Schweiz, aussprachen, wobei Rücksicht auf das Abstimmungsergebnis im Landtag genommen wurde. In einer ausserordentlichen Landtagsitzung, die mit fast einstündiger Verspätung begann, erklärte Fürst Hans-Adam II. in seiner kurzen Ansprache, dass mit dieser Kompromisslösung sein Vertrauen in Regierung und Landtag wieder hergestellt sei.

Rund 2000 Personen, die sich zu einer Demonstration vor dem Regierungsgebäude eingefunden hatten, empfingen Fürst Hans-Adam II. vor der Landtagsitzung mit einem Pfeifkonzert – eine Demonstration, wie es sie in unserem Land bislang noch nicht gegeben hat. Im Regierungsgebäude feilschten Fürst Hans-Adam II. und der EWR-Ausschuss, der sich aus Regierungs- und Landtagsmitgliedern zusammensetzt, um eine Erklärung, die anschliessend in der kurzfristig einberufenen Landtagsitzung von Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter verlesen wurde.

Kompromissformel gefunden

Die gemeinsame Erklärung enthält vier Punkte, wobei als erstes festgelegt wurde, dass die Volksabstimmung über den EWR-Beitritt am 13. Dezember stattfinden wird, wie die Regierung nach dem Ultimatum des Fürsten am Dienstag abend mit aller Deutlichkeit der Öffentlichkeit als ihre Version bekanntgegeben hatte. Ferner heisst es darin, dass die Beteiligten übereinstimmen, ein Beitritt zum EWR-Abkommen habe «selbständige Bedeutung für Liechtenstein», und zwar «unabhängig von der Haltung der Schweiz», womit sie sich für ein Ja zum EWR-Abkommen aussprechen würden. Mit Rücksicht auf das Abstimmungsverhältnis im Landtag und auf die Erklärungen verschiedener Abgeordneten, heisst es, dass der Landtag «mehrheitlich zustimme. Im dritten Punkt wird festgelegt, dass zusammen mit der Schweiz eine EG-Beitrittsvariante geklärt werde, sofern das Volk den EWR-Beitritt ablehne. Damit sollte gesichert werden, wie Fürst Hans-Adam II. in seinen Erklärungen in jüngster Vergangenheit mehrfach betont hatte, dass Liechtenstein nicht in eine Isolation gelange. Schliesslich erklärt Fürst Hans-Adam II. im vierten Punkt, dass mit der gemeinsamen Abgabe dieser Erklärung



Nach der Bekanntgabe der Erklärung im Landtag betonte Fürst Hans-Adam II. in einer kurzen Stellungnahme, dass er glücklich sei, dass eine Übereinkunft getroffen werden konnte. Damit werde die Auflösung des Landtags gegenstandslos. Rechts im Bild Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter, Regierungschef Hans Brunhart, Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille sowie die Regierungsräte Wilfried Büchel, René Ritter und Dr. Peter Wolff. (Bild: Beat Schurte)

sein Vertrauen in Landtag und Regierung wiederhergestellt sei.

Überparteiliches Komitee

Den Grundstein für die Abwendung der Staatskrise und die Kompromissformel hatte ein aus acht Personen bestehendes Komitee gelegt, das unter der Leitung des früheren Regierungschefs Dr. Gerard Batliner mit Fürst Hans-Adam II. am Mittag auf Schloss Vaduz zusammengetroffen war. Das «Überparteiliche Komitee für Monarchie und Demokratie», das in Plakaten zu einer Demonstration zugunsten des Landtags aufgerufen hatte, setzte sich noch aus den folgenden Personen zusammen: Noldi Frommelt, Josef Frommelt, Marina Kieber, Cyrill Büchel, Johann Beck, Dr. Otto Hasler und Alice Fehr. Das Verhandlungsergebnis wurde den beiden Landtagsparteien vorgelegt, die das Papier nach verschiedenen Änderungen schliesslich genehmigten. Dieses Komitee hat unzweifelhaft das Verdienst, die

akute Staatskrise abgewendet zu haben, doch die eigentliche Problematik der Auseinandersetzung zwischen Fürst, Regierung und Landtag wurde nicht angegangen, die Konfliktlösung auf einen späteren Zeitpunkt hinausgeschoben.

Kurze Erklärung des Landesfürsten

Nachdem die Landtagsitzung mit fast einstündiger Verspätung begonnen hatte, was darauf schliessen liess, dass die Beteiligten nochmals hart um Formulieren gerungen hatten, erklärte Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter, dass sich das Warten gelohnt habe. In letzter Minute sei eine Vereinbarung zusammengekommen (siehe nebenstehender Kasten), die er anschliessend verlas. Eine Diskussion darüber oder eine Erklärung der beiden Fraktionen gab es nicht mehr. Nach der Bekanntgabe der Erklärung sagte Fürst Hans-Adam II. in einer kurzen Ansprache, dass er glücklich sei, dass eine Übereinkunft getroffen werden konnte. Damit werde die Auflö-

sung des Landtags gegenstandslos. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass nach der Abwendung der Krise wieder zusammengearbeitet werden könne.

Verfassungsproblematik nicht gelöst

Mit der Kompromissformel ist, wie auch Vertreter der Regierung im Anschluss an die Landtagsitzung erklärten, als sie sich unter das Volk gemischt hatten, die Krise vorerst überbrückt, das eigentliche Problem jedoch nur hinausgeschoben. Das Kernproblem liegt nach verbreiteter Auffassung, die vor dem Regierungsgebäude überall vertreten wurde, in der geltenden Verfassung, die dem Fürsten beinahe absolutistische Gewalt einräumt, was auch in unserem Land nicht mehr zeitgemäss erscheint.

Die Verfassungsrevision bleibt eines der drängendsten Probleme, denen sich Regierung und Landtag gegenüber sehen, wenn sich eine ähnliche Situation nicht wiederholen sollte.

Erklärung

Seine Durchlaucht Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein, der Landtag und die Regierung des Fürstentums Liechtenstein erklären im Zusammenhang mit den entstandenen Meinungsverschiedenheiten wegen des Vorgehens hinsichtlich der Einbindung Liechtensteins in die europäische Integration was folgt:

1. Die Volksabstimmung über den Beitritt zum EWRA findet am 11. und 13. Dezember 1992 statt.
2. Die Beteiligten stimmen überein, dass ein Beitritt zum EWRA selbständige Bedeutung für Liechtenstein hat, unabhängig von der Haltung der Schweiz, und sprechen sich, der Landtag mehrheitlich, für ein Ja zum EWRA aus.
3. Sollte das Volk den EWR-Beitritt ablehnen, wird zusammen mit der Schweiz die Beitrittsvariante geklärt, um nicht in die Isolation zu gelangen.
4. Seine Durchlaucht Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein erklärt, dass mit der gemeinsamen Abgabe dieser Erklärung sein Vertrauen in Landtag und Regierung wiederhergestellt ist.



Gegen zweitausend Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner waren dem Aufruf des «Überparteilichen Komitees für Monarchie und Demokratie» zur Teilnahme an einer Kundgebung vor dem Regierungsgebäude in Vaduz gefolgt. (Bild: Roland Korner)

RENOMMIERTESTEN
ZWANZIG DER WELTWEIT
SCHWEIZER MARKENUHREN

huber
Vaduz
Schmid
Lindbergh

STILO-COM
modern office



STILO-com, das neue modern office Programm:
com = compact, combinierbar, communicativ.
Alles Faktoren, die den Erfolg wirtschaftlicher Arbeit bestärken.
Lassen Sie sich durch einen Besuch bei uns überzeugen.

THONY
FL-9494 Schaan
Bohnholstrasse 16
Tel. 075-2 44 22

office